

Die Gewerkschaften im deutsch-deutschen und europäischen Umbruch

Dr. Michael Schneider, geb. 1943 in Königsberg/Ostpreußen, Studium der Naturwissenschaften in Freiburg, Berlin und Paris, Studium der Soziologie und Philosophie in Berlin, lebt seit 1975 als freier Autor in Wiesbaden.

Die Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozeß

Vom rasenden Expresß „Deutsche Einheit“ sind auch die Gewerkschaften überrollt worden. Ihre eigene Kraft wird durch die überhastete Einheit auf eine besonders harte Probe gestellt. Entgegen allen Warnungen bundesdeutscher Experten, ja, selbst des Bundesbankrates, hat Helmut Kohl mit der Einführung der „Wirtschafts- und Währungsunion“ seinen wirtschaftsimperialen Kurs durchgesetzt, der die angeschlagene und überhaupt nicht vorbereitete DDR-Wirtschaft mit einem Schlag der Konkurrenz des Weltmarktes und der überlegenen BRD-Ökonomie ausgesetzt hat. Mit dem rücksichtslosen, alle Konventionen verletzenden Abbruch sämtlicher osteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen der vormaligen DDR hat die politische Klasse der BRD (und ihre „Allianz“-Lobby in Ostberlin) einen *kolonialistischen Akt* begangen, der zur Liquidation traditionsreicher ostdeutscher Industriegebiete führte und die ehemalige DDR-Region auf viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte, zu einer Region der abhängigen Filialen, zum „mezzogiorno“ des vereinigten Deutschlands degradiert. Während große Teile der ostdeutschen Bevölkerung sozial deklasiert, zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verurteilt und damit pauperi-

siert werden, haben die bundesdeutsche Geschäftswelt die spektakulärste Markterweiterung und die bundesdeutschen Banken das größte Kreditgeschäft seit Kriegsende getätigt.

Von den 40 Milliarden DM, die die Deutsche Bundesbank vor dem 1. Juli 1990 in die damalige DDR transferierte, sind zirka 20 Milliarden wieder zurückgeflossen - auf die Konten westdeutscher Lebensmittelketten, Auto-Konzerne, Banken und so weiter. In den vergangenen Monaten haben wir erfahren, daß die Finanztransfers (1990: 60 Milliarden; 1991:120 Milliarden), die zum Aufbau der öffentlichen Infrastruktur und für Investitionen nach Ostdeutschland geflossen sind, in Form verstärkter Nachfrage nach Westdeutschland zurückgekommen sind. Das heißt die deutsche Einheit ist zum Konjunkturprogramm für die *westdeutsche* Industrie und den *westdeutschen* Arbeitsmarkt geworden.

Der gleichsam religiöse Heilsbegriff, das beinahe biblische Credo, das die Ostdeutschen von all ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen erlösen soll, heißt derzeit „Reprivatisierung“. Es ist wohl an der Zeit, an die Etymologie, an die Herkunft des Wortes „privat“ zu erinnern. Es leitet sich von dem lateinischen Verb „privare“ ab; und das heißt in wörtlicher Übersetzung: „berauben“. Schon der zeitliche Zusammenfall der Reprivatisierung mit der Konkurswelle in den neuen Bundesländern, mit Depression und Massenarbeitslosigkeit, sorgt dafür, daß bei der Versteigerung und beim Verkauf des Volksvermögens die illiquiden Ostdeutschen im Wettbewerb mit den finanzstarken westdeutschen (und ausländischen) Konkurrenten nicht mithalten können. Zwar wäre es nur recht und billig gewesen, die ostdeutschen Arbeitnehmer an dem verbleibenden „Volkseigentum“ angemessen zu beteiligen, wie es die Gewerkschaften und der Runde Tisch vorgeschlagen hatten. Doch mit ihren niedrigen, infolge von Arbeitslosigkeit und steigenden Preisen schrumpfenden Realeinkommen sind sie nicht in der Lage, Aktienanteile an den zu Kapitalgesellschaften umgewandelten Staatsbetrieben zu erwerben, geschweige denn, die genossenschaftlichen oder volkseigenen Wohnungen, in denen sie leben, zu kaufen. So machen die westdeutschen Firmen-Grundstücks- und Immobilien-Gesellschaften „ihr Schnäppchen“. Die Reprivatisierung des ehemaligen kommunalen und „Volkseigentums“ führt im Ergebnis zu einer gigantischen *innerdeutschen Umverteilung* und Expropriation auf Kosten der „Brüder und Schwestern in der Zone“. So wird der Boden für neuen Haß zwischen Deutschen und Deutschen bereitet.

Die bundesdeutschen Gewerkschaften haben bis Ende 1990 den Einigungsprozeß nur am Rande mit ihren tarifpolitischen Aktivitäten in der vormaligen DDR begleitet. So sehr mit ihrer eigenen organisatorischen Rekonstruktion im Osten beschäftigt, haben sie kaum eigene alternative Vorschläge zum Bonner Crash-Kurs in die öffentliche Debatte eingebracht. Was aber nützt die gewerkschaftliche Reorganisation in Ostdeutschland, wenn es gleichzeitig zum Massenexodus der Betriebe und zur radikalen Entindustrialisierung ganzer Regionen kommt? Die Selbstbeschränkung der Gewerkschaften auf

ihre traditionellen organisatorischen und tarifpolitischen Aufgaben war fatal in einer historischen Umbruchsituation wie dieser, in der mehr denn je auch ihre wirtschaftspolitische Interventions- und Gestaltungsmacht erforderlich gewesen wäre. Daß Deutschland-Ost im Namen der „Einheit“ brüderlich an Deutschland-West verteilt wird, daß sich dank der bundesdeutschen Begehrlichkeit auf den Grund und Boden der Ex-DDR bald ein Drittel der ostdeutschen Flächen in westdeutscher Hand befinden werden, daß die deutsche Einheit einen gigantischen Konzentrations- und Monopolisierungsschub im Bereich der Strom- und Energiewirtschaft, des Bank- und Versicherungswesens, der Automobil- und Lebensmittelindustrie und so weiter im Gefolge hat, daran scheint im westlichen Teil Deutschlands kaum jemand mehr Anstoß zu nehmen: weder das Kartellamt noch die Medien, weder die größte Oppositionspartei in Bonn noch die prokapitalistisch „geläuterten“ Realo-Grünen und auch nicht die größte gesellschaftliche Massenorganisation, der DGB.

Diese Art der Einheit war und ist aber auch eine *Niederlage für die Gewerkschaften*, an deren Folgen sie noch schwer, noch lange zu tragen haben werden. Die Büliglohnkonkurrenz und die anhaltende Abwanderung aus den östlichen Bundesländern, die mit der Massenarbeitslosigkeit und der Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen wahrscheinlich noch zunehmen wird, wird einen ständigen Druck auf die Löhne und die Arbeitsplätze im westlichen Teil Deutschlands ausüben; so wie nach dem Krieg die 10 Millionen Ostflüchtlinge, die froh und dankbar waren, wenn sie überhaupt Arbeit bekamen, und für „einen Appel und ein Ei“ zu arbeiten bereit waren, als „industrielle Reservearmee“ und zugleich als Lohndrücker fungierten. Schon jetzt beschäftigen westdeutsche Firmen über Subunternehmen über hunderttausend ostdeutsche Leiharbeiter, oft für 6 Mark Stundenlohn, und ohne ihnen einen Pfennig für Sozialabgaben zu zahlen.

Über die künftige Wirtschaftsstruktur auf dem Gebiet der vormaligen DDR und ihre Integration in das gesamtdeutsche Wirtschaftsgefüge fand so gut wie keine öffentliche Diskussion statt. Auch darüber nicht, wie die notwendige Entstaatlichung der ehemals „volkseigenen“ Wirtschaft vonstatten gehen könnte, ohne daß sie von der bundesdeutschen Wirtschaft niederkonkurriert wird oder als billige Beute den westdeutschen Gläubiger-Banken anheimfällt. Erst in jüngster Zeit hat der IG-Metall-Vorstand begonnen, diesbezüglich konzeptionelle Alternativen zu entwickeln. So hat Franz Steinkühler vorgeschlagen, die von der Treuhand abzuwickelnden ostdeutschen Betriebe in eine Staatsholding einzubringen, damit der Konkurs von Betrieben, deren Konkurrenzfähigkeit primär von externen Faktoren (Exportmärkten) abhängt, vermieden werde. Schließlich stellt die Treuhand, die noch rund 8 000 Betriebe überführen muß, immer noch den entscheidenden strategischen Hebel dar. In der Treuhand muß unbedingt das Prinzip Sanierung Vorrang „vor der Privatisierung auf Teufel komm raus“ (Steinkühler) haben. Auch müssen die Gewerkschaften all ihren Einfluß geltend machen, damit das Entschädigungsprinzip vor dem Prinzip der Rückgabe des Eigentums rangiert.

In der Eigentumsfrage ist die ostdeutsche Entwicklung Opfer einer überzogenen westdeutschen Ideologie geworden. Diese hat sich nicht nur als ein großes Investitionshindernis erwiesen, sie ist auch für die derzeitige Kahl-schlagpolitik mitursächlich geworden. Im Osten Deutschlands zeigt die „freie Marktwirtschaft“, wie sie ist, wenn sie einmal nicht sozial sein muß. Welch ein Zynismus, ganze Kombinate und Großbetriebe einfach verrotten zu lassen und vieltausendköpfige Belegschaften der Massenarbeitslosigkeit anheimzugeben, bloß weil sie derzeit keinen Käufer (und keinen Markt) finden, anstatt bestimmte Bereiche der ostdeutschen Industrie als Staatseigentum subventioniert weiterzuführen, jedenfalls so lange, bis sie konkurrenzfähig geworden sind und einen Absatzmarkt gefunden haben. Daß auch Staatsbetriebe durchaus effizient und erfolgreich wirtschaften können, wenn sie der Konkurrenz auf dem Markt ausgesetzt sind, zeigt das Beispiel der verstaatlichten Volkswagen-Werke in den fünfziger Jahren.

Und warum steht eigentlich die Überführung ehemaliger Staatsbetriebe in Genossenschafts- und Belegschaftseigentum gar nicht mehr zur gewerkschaftlichen Debatte, auch nicht bei der Vorreiter- und Vordenker-Gewerkschaft IG-Metall? Riecht der Genossenschaftsgedanke inzwischen auch dem DGB zur sehr nach „Filz“ und „Sozialismus“?

Selbstredend müssen sich die Gewerkschaften dafür einsetzen, daß die Investitionszuschüsse und -Zulagen für private Investoren stärker an die Auflage gebunden werden, vor Ort Produktion auszulösen, damit nicht wieder erneut Produktionsprogramme für die westdeutsche Industrie finanziert werden. Mit jeder Finanzierungsmaßnahme müssen strikte Auflagen verbunden und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Bindungsklauseln eingebaut werden, damit ein bestimmter Anteil in den neuen Bundesländern erwirtschaftet wird und vor Ort mit dieser Nachfrage Produktion und damit Arbeitsplätze entstehen. Nur dann könnte auch das Konzept von „Beschäftigungsgesellschaften“ greifen, die eine Ausbütungspflicht für Betriebe fest-schreiben. Zur Beschäftigungssicherung ist, wie es jüngst die IG Metall Leipzig vorgeschlagen hat, die Bildung von Runden Tischen zwischen Treuhand, Unternehmensleitungen, Betriebsräten und den kommunalen Vertretern dringend geboten.

Darüber hinaus muß die öffentliche Administration in den neuen Bundes-ländern und Kommunen mit ganz anderen Finanzmitteln ausgestattet werden als bisher, weil dieser öffentliche Sektor jetzt eine Pionierfunktion über-nehmen muß. Damit Investitionen ins Land kommen, muß der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur - von Schulen, Bildungsstätten, aber auch im Bereich der materiellen Infrastruktur die Erschließung von Gewerbeflächen, das Erstellen von Flächennutzungsplänen und die Verkehrs- und Energiestrassen-verlegung - beschleunigt werden. Andernfalls würde sich der bisherige, für Ostdeutschland ruinöse Trend fortsetzen, daß die westdeutschen Konzerne den ostdeutschen Markt nur bedienen, ohne dort tatsächlich zu investieren und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die Verschärfung der sozialen und ethnischen Konflikte im neuen Europa

Zwar hat der bundesdeutsche Sozialstaat die Krise der achtziger Jahre vergleichsweise gut überstanden. Doch werden jetzt nicht nur die destruktiven Langzeitfolgen der neokonservativen Politik in der Wohnungsnot, im Pflege- und Bildungsnotstand, in der Krise des öffentlichen Verkehrs sichtbar; durch die überhastete Einigungspolitik wird auch *die sozialstaatliche Substanz der alten Bundesrepublik massiv in Frage gestellt*. Die horrenden wirtschaftlichen Belastungen und die notwendigen sozialen Transferzahlungen, die nicht zuletzt eine Folge des Bonner Crahs-Kurses sind, werden zur *Verschärfung der Verteilungskämpfe* führen. Die Arbeitgeberseite hat anlässlich der jüngsten Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen, mit denen Druck auf die Tarif Verhandlungen in der Metall- und Druckindustrie ausgeübt werden sollte, deutlich gemacht, wie Arbeitskämpfe künftig zu bewerten sind: nämlich als Sabotage der „großen nationalen Aufgabe“, um derentwillen alle zurückstecken müßten, zuallererst natürlich die Gewerkschaften. Wo die nationalen Interessen im Mittelpunkt stehen, haben die Arbeitnehmer und Gewerkschaften noch stets den kürzeren gezogen.

Das vereinigte Deutschland ist aber auch das Land, in dem die sozialen und ethnischen Probleme Europas zuerst und besonders massiv fühlbar werden. In Polen und Ungarn lebt heute ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Noch düsterer sieht es in Rumänien und der Sowjetunion aus. Die schlechte Versorgungslage, die durch die Wirtschaftsreformen zunächst eher noch gesteigert wird, die Renaissance der Vorkriegsnationalismen und der ethnischen Konflikte von Berg Karabach bis Kosowo können schnell zur dramatischen Zuspitzung der Notstände, zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Völkerwanderungen führen und somit soziale und politische Explosionen auslösen, die auch am „Palais Europa“ (sprich: Westeuropa) nicht spurlos vorübergehen werden. Ob die pauperisierten Massen in Osteuropa und der Sowjetunion bei einer weiteren Zuspitzung der sozialen Krise durch die derzeit vom Westen eingeleitete Wiederaufrichtung des Eisernen Vorhangs aufzuhalten sein werden, ist zweifelhaft. Gleichzeitig setzt sich die Bevölkerungsexplosion in den Ländern der sogenannten Dritten Welt in wachsendem Einwanderungsdruck auf die Südgrenzen Europas um. Es ist durchaus möglich, daß sich der Zuzugsdruck Arbeitsuchender auf die industriellen Metropolen bis zu dem Punkt auflädt, wo er weder durch rechtliche Barrieren noch durch polizeiliche Maßnahmen zu stoppen sein wird. Die europäischen Grenzen nähern sich damit dem Modell der mexikanisch-nordamerikanischen Grenze, um die Nacht für Nacht ein zäher „Einwanderungskrieg“ geführt wird.

„Unter dem wachsenden Druck der Migrationsströme“, schrieb kürzlich Helmut Schauer vom IG-Metall-Vorstand, „*wird das neue Europa kaum den Sieg des Sozialstaates, vielmehr einen weiteren Schub zu seiner Aushöhlung bringen*. Die Ungleichgewichte und Abstufungen, die wegen der Überlegenheit der westlichen Industriezonen die gesamteuropäische Arbeitsteilung prägen, werden in Westeuropa *sozial polarisierend wirken und die jetzt schon bestehende Arbeits-*

marktsegregation weiter vertiefen." Zu den Gewinnern der anstehenden „Neuordnung Europas" wird nicht nur die Kapitalseite, besonders die deutsche, gehören sondern auch die hochqualifizierten Stammbeschaften der modernen exportorientierten Großunternehmen und High-Tech-Zentren. Ihre Prosperität wird auch dem privaten Dienstleistungssektor zugute kommen. Die Schicht der Erwerbstätigen, die sich private Dienste kaufen können, wird anwachsen und damit auch die Klasse der Dienstboten, die sich überwiegend aus den gering qualifizierten Einwanderergruppen rekrutiert. Die *Aufsplittierung der Arbeitsmärkte wird nach ethnischen Kategorien verstärkt*, zumal einzelne ethnische Gruppen zunehmend ganze Nischen und Segmente des Arbeitsmarktes besetzen. Im „multikulturellen Europa" sind damit neue rassistische Spannungen vorprogrammiert. Der langsam in Gang gekommene Prozeß der Einbürgerung jener Millionen von Ausländern, die zum Reichtum, zur Vielfalt und zum zivilen Charakter der Bundesrepublik wesentlich beigetragen haben, ist schon jetzt ins Stocken, wenn nicht zum Erliegen gekommen. Nicht nur im Osten Deutschlands nimmt die Ausländerfeindlichkeit virulente Formen an, auch in den alten Bundesländern machen immer mehr Ausländer die Erfahrung, daß die Übersiedler und die deutschstämmigen Aussiedler, die nicht selten besonders ausländerfeindlich sind, ihnen bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche vorgezogen werden.

Aber auch der einheimische Arbeitsmarkt wird sich weiter polarisieren: Gegenüber den qualifizierten und gut abgesicherten Stammarbeitsplätzen in den Exportbranchen und High-Tech-Zonen wird es *an der Arbeitsmarktperipherie zur Ausbreitung prekärer und kurzzeitiger Arbeitsverhältnisse (bad Jobs) kommen*, bei denen die arbeitsrechtlichen Bedingungen unterlaufen werden (wie jetzt schon bei den ostdeutschen Pendlern und Leiharbeitern). Die sich verschärfenden Notstände bei den sozialen Diensten bezeugen die nachlassende Reichweite der gewerkschaftlichen Organisationsmacht gerade in diesem Bereich. Die Streiks des Krankenhauspersonals und im Einzelhandel in der Bundesrepublik, der Krankenschwestern in Frankreich und der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Italien - und zwar jeweils spontan ohne die Gewerkschaften -, des Putzpersonals am Madrider Flughafen, des Kindertagesstätten-Personals in Berlin betrafen im hohen Grade Frauen und Einwanderergruppen. Sie erhielten ihre Brisanz aus der eklatanten Benachteiligung dieser Gruppen, blieben aber für die Masse der Arbeitnehmer bedeutungslos und dementsprechend politisch isoliert. Hier zeichnet sich also „eine Fragmentierung des sozialen Konflikts ab, die mit der schleichenden Aushöhlung der Gewerkschaftsmacht in ihren klassischen industriellen Kampfbereichen einhergeht. Diese Tendenzen, die schon den politischen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in der neokonservativen Phase mitverursacht haben, können die Industriegewerkschaften künftig verstärkt in die Rolle von Interessenverbänden privilegierter Gruppen drängen" (Helmut Schauer).

Von der Notwendigkeit,
die gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte zu reorganisieren

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme hat dem westlichen Kapitalismus zu einem weltweiten Legitimationsschub verholfen. Die „Marktwirtschaft“ ist zur nahezu unangreifbaren Ideologie, zum zentralen Mythos der westlichen Wirtschaftssieger geworden, obgleich sie als „soziale“ nur in wenigen hochentwickelten Ländern des Westens einigermaßen funktioniert, aber auch hier zur Zweidrittel-Gesellschaft beziehungsweise zur „dualen Gesellschaft“ (Andre Gorz) führt, während sie in den Ländern des Südens, die der Konkurrenz auf dem Weltmarkt hilflos ausgesetzt sind, Armut und absolute Verelendung produziert.

Da die Bundesrepublik ihr Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ als schlechthin vorbildlich empfindet, hat sie sich der großen Chance begeben, den Umbruch und die Reformdiskussion in der vormaligen DDR auch für sich selbst, für den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nutz- und fruchtbar zu machen. Ergebnis davon ist, daß die Ostdeutschen nun auch die Strukturfehler und Fehlentwicklungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft fehlerfrei kopieren werden: von der Zweidrittel-Gesellschaft bis zur Asymmetrie, der schreienden Ungerechtigkeit in den Verteilungs- und Vermögensverhältnissen; von der atomenergieabhängigen Risiko-Gesellschaft bis zur gesamtdeutschen Auto-Stau- und High-Speed-Gesellschaft; vom Konsumidiotismus bis zum Infantilismus einer amerikanischen Show- und Wegwerfkultur. Es gibt eben nichts Besseres in Europa, ja auf Erden, als das „Modell Bundesrepublik“, lautet der selbstzufriedene Spießerkonsens ihrer „politischen Klasse“, die denn auch kurzerhand das „Ende jeglicher Utopien“, verkündet hat. Seither wird jeder Sollwert, der über den glorreichen Ist-Zustand der BRD-Gesellschaft hinausweist, erst recht jede „konkrete Utopie“, die in der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung selbst angelegt ist, als „weltfremde Spinnerei“, als „demagogisches Hirngespinnst“ oder als „Rückfall in den Steinzeitkommunismus“ verdächtigt.

Angesichts solcher Verketzerung jedweden progressiven Zukunftsentwurfes steht die *Revitalisierung der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte* dringlicher denn je auf der Tagesordnung. Der Mangel an politischen Zentren ist fühlbar, an denen sich überhaupt noch weitgreifende Diskussionen, Klärungsprozesse, Konzepte und Perspektiventwürfe kristallisieren können. Zu den epochalen Fragen, die neue Antworten und neue gesamtgesellschaftliche Konzepte dringend erforderlich machen, gehören die strukturelle Arbeitslosigkeit, die Neuverteilung der Arbeitszeit und nicht zuletzt die Frage, wie und mit welchen Mitteln der zerstörerische Selbstlauf der kapitalistischen Wachstumsökonomie gebändigt und die zum Selbstzweck gewordene ökonomische Dynamik und Profitlogik wieder zum Mittel für die Gesellschaft werden, das heißt dem Primat sozialer, ökologischer und ethischer Ziele unterworfen werden können.

Das Bewußtsein der kritischen Zeitgenossen ist vor allem durch das Ticken der ökologischen Zeitbombe alarmiert worden, weniger dagegen durch das Ticken jener sozialen Zeitbombe, die der fortschreitende *Zerfall der Arbeitsgesellschaft* bedeutet. In seinem fulminanten Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ hat Andre Gorz die Krise der Arbeitsgesellschaft und der traditionellen Arbeitsethik in all ihren Aspekten beschrieben und die daraus notwendigen Folgerungen auch für eine konzeptionelle Neuorientierung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bezogen. Da der Zerfall der Arbeitsgesellschaft derzeit vor unser aller Augen im Osten Deutschlands (und in Osteuropa) dramatische Formen annimmt, haben die Thesen und Vorschläge von Gorz eine besondere, erneute Aktualität für die gewerkschaftliche Zukunftsdebatte gewonnen. Sie sollen daher im folgenden kurz zur Diskussion gestellt werden.

Die mikro-elektronische Revolution hat einen technischen Wandel von beispiellosem Umfang und Tempo in Gang gesetzt. Deren Wirkung und Zweck liegt in schnell wachsenden Arbeitersparnissen, und zwar ebenso in der Industrie wie in Verwaltungen und im Dienstleistungsgewerbe. Durch Automatisierung und Computerisierung können wachsende Produktionsmengen mit abnehmenden Arbeitsmengen gewährleistet werden. Daraus folgt, daß der gesellschaftliche Produktionsprozeß gar nicht mehr darauf angewiesen ist, daß jeder einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht. Die traditionelle Arbeitsethik ist längst hinfällig geworden. Es stimmt weder, daß man mehr arbeiten muß, um mehr zu produzieren, noch, daß Mehrproduktion, Wachstum um jeden Preis, zu einem besseren Leben führt: „Das Band zwischen dem ‚mehr‘ und dem ‚besser‘ ist gerissen; denn die meisten unserer Bedürfnisse sind weitgehend gedeckt, während viele unserer unbefriedigten Bedürfnisse nicht durch Mehrproduktion gedeckt werden können, sondern dadurch, daß *anders* produziert und *anders* hergestellt wird - ja, sogar daß *weniger produziert* wird. Dies gilt insbesondere für unsere Bedürfnisse nach gesunder Luft, trinkbarem Wasser, nach Raum, Ruhe, Schönheit, Zeit und zwischenmenschlichen Beziehungen“ (Andre Gorz).

In einem gesellschaftlichen Kontext, in dem es keine ausreichenden Vollzeitarbeitsplätze für alle mehr gibt, wird es somit zum Überlebensgebot für die Gewerkschaftsbewegung selbst, *die alte Arbeitsideologie aufzugeben*, die nicht mehr dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte im elektronischen Zeitalter entspricht. Bekanntlich wurde die ökonomisch zweckbestimmte (Lohn)-Arbeit - arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen - erst mit der Herausbildung des Kapitalverhältnisses, der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der Verallgemeinerung des Warenaustausches zur gesellschaftlich beherrschenden Arbeitsform. Deshalb hat die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen gegen den Vorrang angekämpft, den der Industriekapitalismus der ökonomisch zweckbestimmten Lohnarbeit gegenüber allen anderen (vorkapitalistischen) Tätigkeits- und Lebensformen zuwies. Mit seiner Forderung nach Abschaffung der Lohnabhängigkeit, nach Selbstbe-

Stimmung der Gesellschaft durch die „frei assoziierten Produzenten“ stand der Arbeitersozialismus des 19. Jahrhunderts allerdings der laufenden Entwicklung entgegen. Denn während der ersten und zweiten industriellen Revolution vermochte das Kapital wachsende Massen von lebendiger Arbeitskraft unter sich zu subsumieren. Infolgedessen hatte die klassische Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit damals noch utopischen Charakter.

Was aber zu Anfang des letzten Jahrhunderts eine Utopie war, ist es heute weitgehend nicht mehr. Die elektronische und Robotertechnologie hat erstmals in der Geschichte der Menschheit *die Voraussetzungen für eine qualitativ neue Gesellschafts- und Wirtschaftsform geschaffen, die nicht mehr auf der klassischen „Ökonomie der Arbeitszeit“ und der „Lohnarbeit“ gründet*, wie es Karl Marx in den „Grundrissen“ genial vorweggenommen hat. Der gesamtgesellschaftliche Produktionsprozeß benötigt immer weniger Lohnarbeit. Die kapitalistische Ökonomie ist nicht mehr in der Lage, einem jeden das Recht auf eine Arbeit zu garantieren, die ökonomisch nützlich ist und daher bezahlt wird. Die Unterordnung aller anderen menschlichen Tätigkeiten unter die Lohnarbeit und die ökonomischen Zwecke verliert damit ihre Notwendigkeit.

Das Recht auf Arbeit für alle kann nur dann gesichert werden, wenn erstens innerhalb der Ökonomie die Arbeitszeit drastisch verkürzt und zweitens, wenn außerhalb der Ökonomie neue Arbeitsmöglichkeiten, die nicht ökonomisch zweckbestimmten Aufgaben und Tätigkeiten vorbehalten sind, entwickelt werden und allen offen stehen. Nur die Befreiung von der ökonomisch zweckbestimmten Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und die Entwicklung von „Alternativen zur Lohnarbeit“ in Gestalt anderer, selbstbestimmter und selbstgesteuerter Tätigkeitsweisen können den Lohnarbeitseinsparungen, die unweigerlich aus der laufenden technologischen Revolution hervorgehen, einen Sinn verleihen. Das Konzept einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der alle Arbeit finden, aber immer weniger ökonomisch zweckbestimmt arbeiten müssen, ist - so Gorz - der mögliche Sinn der gegenwärtigen historischen Entwicklung.

Nach einer WSI-Studie (die noch vor den Umbrüchen in Osteuropa und der ehemaligen DDR durchgeführt wurde) würde eine Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung in einem Jahrzehnt zur „dualen Gesellschaft“, das heißt zur völligen Segmentierung der Erwerbsbevölkerung führen - und zwar in folgende Bestandteile:

- 25 Prozent qualifizierte Stammarbeitnehmer, die innerhalb der Großbetriebe unter tarifvertraglich gesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten;
- 25 Prozent periphere Arbeitnehmer, die in Subkontrakt-Unternehmen und im Dienstleistungsbereich prekären, schlecht qualifizierten und unterbezahlten Beschäftigungen nachgehen;
- 50 Prozent Randarbeitnehmer, Arbeitslose oder periodisch Arbeitslose, die Hufs-, Gelegenheits- und Saisonarbeiten verrichten.¹

¹ Vgl. Wolfgang Lecher, Zum künftigen Verhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen, 3/1986, S. 259.

Man kann davon ausgehen, daß die beiden letztgenannten Kategorien in den neuen Bundesländern und in den osteuropäischen Ländern massiert auftreten werden. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß *der klassische „Interessen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zunehmend von einem Interessenantagonismus zwischen Stammarbeitnehmern einerseits und Randarbeitnehmern beziehungsweise Arbeitslosen andererseits überlagert wird“*. Wenn die Gewerkschaften die Interessenvertretung der Besitzer eines stabilen Arbeitsplatzes zu ihrer einzigen und vordringlichen Aufgabe machen, riskieren sie - wie in den USA und einigen lateinamerikanischen Ländern - zu einer neo-korporativen und konservativen Kraft zu werden. Das Ziel einer Gesellschaft, in der ein jeder weniger arbeitet, damit alle Arbeit finden, und sich gleichzeitig der Raum für selbstbestimmte, autonome Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit erweitert, wird somit heute zu einem der wichtigsten Faktoren des Zusammenhalts der Gewerkschaft und der Erneuerung sozialer Emanzipationsbewegungen.

Der Kampf für eine beständige und einschneidende Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit setzt allerdings voraus, *daß die Erwerbsarbeit aufhört, unsere wichtigste Quelle sozialer Identität und Zugehörigkeit zu sein*. Andere als ökonomische Werte, andere als funktionale, instrumentelle, entlohnte Tätigkeiten, die unsere gesellschaftlichen Apparate und Institutionen kommandieren, müßten im Leben jedes einzelnen vorherrschend werden. Dieser gesellschaftliche Wertewandel ist längst im Gange und drückt sich heute in Form wachsender Bedürfnisse nach individueller Selbstverwirklichung und Kreativität aus; Ansprüche, die sich nicht mehr nur auf den Freizeitbereich, sondern auch auf den Arbeitsbereich beziehen. Die vermehrte Freizeit bringt immer mehr Menschen auf den Geschmack, selbstbestimmt leben und arbeiten zu wollen. Damit bahnt sich eine Umwälzung aller bisherigen, auf bezahlter (Lohn-)Arbeit und Leistung gegründeten Moralbegriffe, Ethiken und Sinnbestimmungen an.

Eine fortschreitende Arbeitszeitverkürzung verleiht der frei verfügbaren Zeit völlig neue Dimensionen. Die Zeit der Nicht-Arbeit ist dann nicht mehr notwendigerweise bloße Zeit zum Ausruhen, für Erholung und Reproduktion der Arbeitskraft, für Zerstreuung und Konsum; sie dient nicht mehr der Kompensation der Mühen, Zwänge und Frustrationen der Arbeitszeit. Sie kann vielmehr von Tätigkeiten ausgefüllt werden, die man ohne ökonomische Zweckbestimmung unternimmt und die das Leben des einzelnen wie das der Gemeinschaft bereichern: kulturelle und ästhetische Aktivitäten, die darauf abzielen, Freude zu empfinden und zu spenden, die Lebenswelt zu verschönern und zu „kultivieren“, unterstützende und pflegende Tätigkeiten gegenseitiger Hilfe, die im Stadtviertel oder in der Gemeinde ein Netz solidarischer Beziehungen knüpfen; Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und des affektiven Austausches; erzieherische und künstlerische Tätigkeiten.

Mit der Computerisierung und größeren Flexibilität dezentralisierter Produktionseinheiten erweitern sich auch die Möglichkeiten individueller und/oder kollektiver *Zeitsouveränität in der Arbeitsgestaltung*. Bereits heute können

etwa die Beamten des Staates Quebec die 140 Arbeitsstunden, die sie im Monat zu leisten haben, nach Beheben aufteilen. Fabriken und Verwaltungsbehörden wurden umorganisiert, um die einzelnen Arbeitsplätze weitgehend voneinander unabhängig zu machen und die täglich obligatorischen Stundenpläne zu beseitigen. Der unternehmerischen „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit müssen solche Möglichkeiten einer Selbstbestimmung der Arbeitszeit durch die Arbeiter selbst entgegengesetzt werden. 1000 Stunden im Jahr, das können wöchentlich 20 Stunden einer 2,5-Tage-Woche sein oder 10 Tage im Monat oder 25 Wochen im Jahr oder 10 auf 2 Jahre verteilte Monate. Man kann auch die Arbeitszeit auf das ganze Erwerbsleben bezogen festlegen und flexibilisieren. Eine derartige Selbstgestaltung der Lebensarbeitszeit wird heute in Schweden schon diskutiert. Sie ermöglicht es einem jeden, während bestimmter Lebensperioden mehr oder weniger zu arbeiten und damit seine jährliche Arbeitszeit zu unter- oder zu überschreiten, gewissermaßen als „Vorschuß“ auf oder „Anzahlung“ von frei verfügbarer Lebenszeit, um die Berufstätigkeit ohne Einkommensverluste für mehrere Monate oder Jahre zu unterbrechen, um das Studium wieder aufzunehmen, einen anderen Beruf zu erlernen, ein künstlerisches Projekt, eine wissenschaftliche Forschung in Angriff zu nehmen.

Bei fortschreitender Verkürzung der Arbeitszeit kann die *bezahlte Arbeit nicht mehr der Hauptinhalt des Lebens* sein. Wollen die Individuen nicht passive Konsumenten von Unterhaltung werden, die in einer Sintflut von Programmen, Sendungen und Telespielen ertrinken und durch sie manipuliert und fremdbestimmt werden, dann müssen sie eigene Interessenschwerpunkte und autonome Tätigkeiten entwickeln können. Ihre Sozialisierung, ihre Identität und Zugehörigkeit zu einer Kultur wird dann weit mehr von diesen autonomen Tätigkeiten abhängen als von der Arbeit, die ihnen ein Arbeitgeber oder eine Institution vorschreibt.

Die Arbeiterbewegung sollte sich darauf besinnen, daß sie ursprünglich aus Selbsthilfegenossenschaften und Vereinen der Arbeiterbildung hervorgegangen ist. Sie wird als Bewegung nur dann weiterbestehen können, wenn sie sich für die menschliche Entfaltung außer- wie innerhalb der Arbeit interessiert, wenn sie die Schaffung von Räumen unterstützt oder mitinitiiert, in der die Individuen die eigene Lebensgestaltung und die Organisierung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen selbst in die Hand nehmen können: „Häuser der offenen Tür“ nach Art der skandinavischen oder deutschen „Volksuniversitäten“ oder der „Community centres“ in Großbritannien; „Kooperationsringe“ für den Austausch von Dienstleistungen und Vereine gegenseitiger Hilfe; kooperative Reparaturwerkstätten und Zentren autonomer Produktion; Diskussionszirkel, Arbeitskreise zur gemeinsamen Reflexion, „Wissensbörsen“ zum Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen; „Zukunftswerkstätten“; Handwerks- und künstlerische Zirkel und so weiter. Kurz: *Die Gewerkschaften werden sich zu sozialen und kommunikativen Service-Organisationen auch außerhalb der Arbeitswelt entwickeln müssen.* Denn mehr als zu

irgendeiner Epoche hängt ihr Einfluß von ihrer Fähigkeit ab, der Kulturindustrie, den kommerziellen Vergnügungs- und Freizeitunternehmen das Monopol zu bestreiten, das diese über die Bewußtseinsbildung, die Vorstellungen der kommenden Gesellschaft, des guten Lebens und seiner Prioritäten beanspruchen. Diese kulturelle Aufgabe der Gewerkschaften ist in Wirklichkeit eine eminent politische Aufgabe, weil sie die Zukunftsgestaltung der Gesellschaft, der „polis“ in all ihren Aspekten, betrifft.

„Wenn wir an die Stelle der Arbeitsgesellschaft nichts anderes setzen“, resümiert Andre Gorz, „nehmen wir deren Zerfall einfach hin und mit ihm alles, was er an Elend, Hoffnungslosigkeit, Unvernunft und Gewalttätigkeit hervorbringt“, wie wir es derzeit in Ostdeutschland erleben. Die von Gorz entwickelte Vision dagegen ermöglicht es, die Erwerbstätigen wie die Arbeitslosen, die neuen sozialen Bewegungen und die Arbeiterbewegung im gemeinsamen Kampf zu vereinen. Was heute auf der Tagesordnung steht, ist ein *sozial-ökologischer New Deal* auf der Grundlage der Bündnisse zwischen der (alten) Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und den neuen Mittelschichten (aus denen sich die neuen sozialen Bewegungen mehrheitlich rekrutieren) mit dem Ziel, die fortlaufenden Produktivitätsfortschritte (in der BRD etwa 5 Prozent jährlich) in entsprechende Arbeitszeitverkürzungen, das heißt in die Entfaltung des menschlichen Reichtums umzusetzen.

Nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ ist die linke nicht nur in eine schwere Legitimationskrise geraten, sie hat vielerorts auch den Mut verloren, über den Status quo des scheinbar siegreichen westlichen Kapitalismus hinauszudenken und eine „konkrete Utopie“ zu formulieren. Die allseits angestimmte Klage über den Utopieverlust der Linken aber übersieht, daß das, was derzeit massenhaft als krisenhafter und katastrophaler Prozeß erlebt wird, nämlich der Zerfall der Arbeitsgesellschaft, zugleich die „Umwälzungsfermente“ einer qualitativ neuen Gesellschaftsform freisetzen kann, in der - um mit Marx zu sprechen - nicht mehr „die Arbeitszeit, sondern die disposable time, die Freizeit das Maß des (menschlichen) Reichtums ist“. Die in der technologischen Dynamik selbst begründete Entwicklung weist weit über die Grenzen des Kapitalismus und seine Profitlogik hinaus - und zwar so weit, daß wir schon heute an der Schwelle zu einem gesellschaftlichen Umbruch stehen, der sich in seiner Tragweite durchaus mit der kopernikanischen Wende zu Beginn der Neuzeit vergleichen läßt.

Jedenfalls haben diejenigen das Wesen, die widersprüchliche Potentialität unserer Epoche nicht begriffen, die nur noch fatalistische und apokalyptische Bilder an die Wand malen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit *wohnten Katastrophe und konkrete Utopie so dicht beieinander wie heute*. Die Möglichkeit, die soziale Spaltung nicht nur in den Zentren des Kapitalismus, auch im Verhältnis West- zu Osteuropa und darüber hinaus im Verhältnis Nord/Süd zu vertiefen, ist uns ebenso gegeben wie die Möglichkeit, diese Spaltung fortschreitend zu überwinden und vermittels unserer hochautomatisierten Produktionstechnologie den Hunger in der Welt zu beseitigen. Die

Möglichkeit, Natur, Umwelt und Biosphäre für alle Zeiten zu ruinieren, steht uns ebenso frei wie die, durch entsprechende politisch-ökonomische Strukturveränderungen erstmals über die Schwelle einer postindustriellen Freizeit-Gesellschaft zu treten, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat.